

## PERU

# GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG FÜR ZWANGSSTERILISIERTE INDIGENE FRAUEN UND BÄUERINNEN

Während der Präsidentschaft von Alberto Fujimori in den 1990er Jahren wurden in Peru mehr als 200.000 indigene Frauen und Bäuerinnen im Rahmen eines offiziellen Familienplanungsprogramms Opfer von Zwangssterilisationen. Bis heute ist weder die genaue Zahl der Opfer registriert, noch haben die Frauen und ihre Familien Gerechtigkeit oder Wiedergutmachung erfahren.

Die Staatsanwaltschaft in der peruanischen Hauptstadt Lima untersuchte fast zehn Jahre lang die Fälle von mehr als 2.000 indigenen Frauen und Bäuerinnen, die angeblich zwangssterilisiert wurden. Doch nach Ende der Ermittlungen erhob die Staatsanwaltschaft im Januar 2014 nur in einem einzigen Fall Anklage gegen das medizinische Personal. Zu Anklagen gegen staatliche Institutionen, die für die Umsetzung des Familienplanungsprogrammes und die daraus resultierenden Sterilisationen verantwortlich waren, kam es nicht.

Mit der Kampagne „Gegen ihren Willen“ („Contra su voluntad“/“Against their will“) fordert Amnesty International Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die mehr als 200.000 Frauen, die vor allem in den armen, ländlichen Regionen Perus während der 1990er Jahre gegen ihren Willen oder ohne ausreichende Information über den Eingriff sterilisiert wurden.



Ziel der Kampagne ist es, den peruanischen Präsidenten Ollanta Humala Tasso dazu zu bringen, ein zentrales Register einzurichten, um die wirkliche Zahl zwangssterilisierter Frauen zu erfassen. Dies ist ein erster entscheidender Schritt um sicherzustellen, dass jede einzelne dieser Frauen Gerechtigkeit und vollständige Wiedergutmachung erfährt.

Dies forderte Amnistía Internacional Perú vom Sommer an in einer Petition (<http://www.contrasuvoluntad.pe> und <http://www.nomas.pe/againsttheirwill>), zu deren Unterzeichnung auch unsere Gruppe online auf der Website aufgerufen hatte. Gleichzeitig hat Amnesty in Peru auf das Thema hingewiesen, zum Beispiel mit Videos, in denen Frauen von den

damaligen Übergriffen berichten (siehe oben verlinkte Websites):

Dem kam Präsident Humala allerdings zuvor, Anfang November kündigte er an, ein Register für die Opfer von Sterilisierungen in den Jahren 1996 bis 2001 einzurichten. Amnistía Internacional Perú selbst hat diese Ankündigung zunächst positiv bewertet, aber auch noch einmal betont, dass dieses Register nur ein erster Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Wiedergutmachung wäre. Jetzt müsse der Staat die organisatorischen und finanziellen Mittel bereitstellen, um dieses zentrale Register einzurichten; außerdem fordert Amnesty, dass allen Opfern eine Wiedergutmachung entsprechend völkerrechtlicher Pflichten zugestanden werde.

Es muss also beobachtet werden, welche Taten auf die Ankündigung folgen. Und natürlich darf man nicht vergessen, dass in Peru der Wahlkampf vor der Präsidentschaftswahl im April 2016 begonnen hat. Da sich Keiko Fujimori, die Tochter des damaligen Präsidenten, zur Wahl stellt, spielten auch die Zwangssterilisationen bereits ein Thema im Wahlkampf.

### **Überreichung der Petitionsunterschriften am Internationalen Tag der Menschenrechte**

Bis Dezember unterschrieben mehrere Tausend Unterstützer in Peru und anderen Ländern weltweit die Petition "Contra su Voluntad", in der Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Zwangssterilisationen gefordert wird. Am 10. Dezember überreichte Amnestia Internacional Perú in Lima etwa 15.000 Unterschriften an Vertreterinnen der Organisationen für Betroffene und des peruanischen Ministeriums für Justiz und Menschenrechte.



Vier Vertreterinnen von Organisationen betroffener Frauen in Ayacucho, Puno und Huacabamba/Piura, Vertreterin des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte sowie Marina Navarro, Direktorin von Amnistía Internacional Perú.

<http://www.amnistia.org.pe/peru-deben-tener-como-prioridad-reparaciones-victimas-de-esterilizaciones-forzadas/>

Den Rahmen der Aktion bildete ein zweitägiges Treffen von Betroffenen im Institut für Demokratie und Menschenrechte der Päpstlichen Katholischen Universität von Peru (PUCP). Dort bekräftigte Amnestia Internacional Perú, das nun von der Regierung angekündigte zentrale Register für Fälle von Zwangssterilisationen sei nur ein erster Schritt, notwendig sei darüber hinaus eine Wiedergutmachung für die Betroffenen und die juristische Verfolgung derjenigen, die für die schweren Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Steffen Heinzemann, Theko Menschenrechte und indigene Völker